

# Steuerberatungsvertrag (Unternehmen)

## Hinweis zur Verwendung des Steuerberatungsvertrags:

Nach dem Geldwäschegesetz ist in regelmäßigen Abständen die Identifizierung nach dem Geldwäschegesetz für jeden Mandanten vorzunehmen bzw. die Richtigkeit zu überprüfen.

In Abhängigkeit davon, ob es sich um eine natürliche Person, eine Personengesellschaft oder eine Kapitalgesellschaft handelt sind verschiedene Formulare in einer verschieden großen Anzahl zu verwenden. Aus diesem Grund sind die notwendigen Formulare **nicht Bestandteil** dieses Formularpakets.

Zur Identifizierung nach dem Geldwäschegesetz stehen die folgenden Formulare bereit:

Nr. 202691 Formular zur Identifizierung natürlicher Personen nach dem Geldwäschegesetz

Nr. 202692 Formular zur Identifizierung juristischer Personen nach dem Geldwäschegesetz

# Steuerberatungsvertrag – Unternehmen

## 1 Vertragspartner

Vertrags-Nr.

Auftraggeber	Auftragnehmer
Herr/Frau/Firma	Kanzleianschrift
Straße	
Ort	

## 2 Vertragsumfang (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- 1. Finanzbuchhaltung ab
- 2. Erstellung Anlagenbuchhaltung ab
- 3. Lohnbuchhaltung ab
- 4. Jahresabschluss / Einnahmen-Überschuss-Rechnung (EÜR) ab
- 5. Betriebliche Steuererklärungen ab
- 6. Steuerliche Beratung
- 7. Betriebswirtschaftliche Beratung
- 8. Sonstige Leistungen

Monat/Jahr
Monat/Jahr
Monat/Jahr
Jahr/Wirtschaftsjahr
Jahr

## 3 Vertragsdauer

Der Vertrag gilt ab

Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Er kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.

## 4 Vertragsdurchführung und sonstige Vereinbarungen

### I. Mitwirkung und Mitverantwortung des Auftraggebers / Wahrung von Ausschluss- und Notfristen

Es ist Sache des Auftraggebers, dem Auftragnehmer auch ohne besondere Aufforderung alle Unterlagen, die zur Erledigung der ihm vertraglich obliegenden Arbeiten erforderlich sind (z. B. zugegangene Verwaltungsakte, Rechtsbehelfs- und Rechtsmittelentscheidungen, sonstige Schriften im Zusammenhang mit den zu bearbeitenden Steuerangelegenheiten), richtig, rechtzeitig und vollständig zur Verfügung zu stellen. Er hat dem Auftragnehmer ferner von allen Vorgängen und Umständen unverzüglich Kenntnis zu geben, die für die Durchführung des Auftrages von Bedeutung sein könnten.

Der Auftragnehmer ist nicht verpflichtet, die Richtigkeit und / oder Vollständigkeit der Unterlagen und Angaben nachzuprüfen. Soweit Ausschluss- oder Notfristen zu beachten sind, hat der Auftragnehmer für ihre Wahrung zu sorgen, wenn und soweit der Auftraggeber rechtzeitig dazu die erforderlichen Unterlagen und Angaben zur Verfügung gestellt hat.

## II. Vergütung des Auftragnehmers

- a) Für die Vergütung der unter Punkt 2 (im Vertragsumfang) genannten Leistungen ist die Vergütungsverordnung für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften (Steuerberatervergütungsverordnung – StBVV) vom 17.12.1981 (Bundesgesetzblatt 1981 Teil 1, Seite 1442) in der jeweils gültigen Fassung maßgebend, soweit diese anzuwenden ist.
- b) Die Vergütung der Leistungen nach Punkt 2 (im Vertragsumfang) Ziffern 6, 7 und 8 bemisst sich grundsätzlich nach der aufgewendeten Zeit.
- c) Die gesonderte „Vergütungs- und Zahlungsvereinbarung zum Steuerberatungsvertrag“ ist Bestandteil dieses Steuerberatungsvertrages.
- d) Neben Gebühren und Auslagenersatz werden die Kosten der Datenverarbeitung in Rechnung gestellt.

## III. Sonstiger Vertragsinhalt, insbesondere die Allgemeinen Auftragsbedingungen als vereinbarter Vertragsinhalt

Im Übrigen richten sich die beiderseitigen Rechte und Pflichten – insbesondere die Mitwirkungspflicht des Auftraggebers, die Verschwiegenheitspflicht und Verantwortlichkeit des Auftragnehmers, der Anspruch des Auftraggebers auf Mängelbeseitigung, Haftungsbeschränkungen (-begrenzungen), Zurückbehaltungsrechte des Auftragnehmers sowie die Verjährung von Schadenersatzansprüchen des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer usw. – nach den beiliegenden Allgemeinen Auftragsbedingungen, die Bestandteil dieses Steuerberatungsvertrages sind.

## IV. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort und Gerichtsstand

Für den Steuerberatungsvertrag, seine etwaigen Änderungen und seine Ausführung sowie die sich daraus ergebenden beiderseitigen Ansprüche gilt ausschließlich deutsches Recht. Erfüllungsort ist für beide Vertragspartner der Sitz des Auftragnehmers. Soweit sich als Auftraggeber und Auftragnehmer Kaufleute im Sinne der §§ 1 ff. HGB gegenüberstehen, gilt zwischen ihnen als Gerichtsstand der Ort der beruflichen Niederlassung bzw. der Ort der auswärtigen Beratungsstelle des Steuerberaters als vereinbart.

Änderungen und/oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für ein Abweichen vom Schriftform Erfordernis selbst. Mündliche Nebenabreden sind unwirksam.

Wenn und soweit einzelne Bestimmungen dieses Vertrages und/oder der ihm zugrunde liegenden Allgemeinen Auftragsbedingungen unwirksam sein oder aufgrund künftiger Rechtsänderungen unwirksam werden sollten, soll die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. Die Vertragspartner verpflichten sich, eine unwirksame Bestimmung durch eine Vereinbarung zu ersetzen, die dem ursprünglich verfolgten Zweck so nahe wie möglich kommt und deren Wirksamkeit keinen Bedenken begegnet.

## 5 Verschwiegenheit / Elektronische Kommunikation

Der Steuerberater ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren.

Soweit Unterlagen, Dokumente, Arbeitsergebnisse etc. unverschlüsselt in elektronischer Form (z. B. als E-Mails) zwischen dem Auftraggeber und dem Steuerberater oder sonstigen Dritten (Finanzverwaltung, Banken etc.) versandt werden, besteht grundsätzlich die Gefahr, dass die Daten von Unbefugten abgefangen und gelesen werden.

- In Kenntnis dieser Gefahr erklärt sich der Auftraggeber mit der unverschlüsselten Übermittlung der Daten an sich bzw. an Dritte (soweit dies im Zusammenhang mit der Beauftragung notwendig bzw. sinnvoll ist) einverstanden. Der Steuerberater übernimmt keine Haftung für die Sicherheit der übermittelten Daten und haftet entsprechend auch nicht für ggf. entstehende Schäden.

Ort, Datum	
Auftraggeber	Auftragnehmer

## 6 Einwilligungserklärung

Hiermit erkläre/n ich/wir meine Einwilligung zur Abtretung oder Übertragung zur Einziehung von künftig entstehenden Gebührenforderungen durch den Auftragnehmer an Dritte.

Durch den Auftragnehmer bin ich/sind wir darüber informiert, dass er gesetzlich gemäß § 402 BGB bzw. vertraglich verpflichtet ist, dem neuen Gläubiger oder dem Einziehungsermächtigten die zur Geltendmachung der Forderung notwendigen Informationen zu erteilen und ihn zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

Ort, Datum	
Auftraggeber	Auftragnehmer

## 7a Gesonderte Erklärung zur Vereinbarung der Allgemeinen Auftragsbedingungen

- Der/Die Auftraggeber bestätigt/bestätigen mit seiner/ihren Unterschrift/en, dass er/sie ein Exemplar der Allgemeinen Auftragsbedingungen erhalten hat /haben und ihm/ihnen die einzelnen Abschnitte der Allgemeinen Auftragsbedingungen – insbesondere über die Mitwirkung Dritter auf Seiten des Auftragnehmers, die Mängelbeseitigung, Haftung des Auftragnehmers und Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen ihn, Mitwirkungspflichten des/der Auftraggeber/s und die Folgen ihrer Verletzung usw. eingehend in ihrer Bedeutung, ihrem Umfang und ihren Auswirkungen erläutert worden sind und von ihm/ihnen gebilligt worden sind.

### 7b Gesonderte Erklärung zur Heranziehung fachkundiger Dritter aus der ETL-Gruppe

- Die Heranziehung von fachkundigen Dritten (andere Steuerberater oder Steuerberatungsgesellschaften, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer) durch den Steuerberater erfordert gemäß der Allgemeinen Auftragsbedingungen die vorherige Zustimmung des Auftraggebers und einen entsprechenden Auftrag.

Dessen ungeachtet erklärt/erklären der/die Auftraggeber mit seiner/ihren Unterschrift/en, dass der/die Auftragnehmer/ in zur Bearbeitung seiner/ihrer Aufträge fachkundige Dritte aus der ETL-Gruppe (andere Steuerberater oder Steuerberatungsgesellschaften, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer), hinzuziehen darf.

Ort, Datum
Auftraggeber

### 8 Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten

- Im Rahmen der steuerlichen Betreuung in der Kanzlei des Auftragnehmers werden personenbezogene Daten über den/die Auftraggeber erhoben, gespeichert und verarbeitet. Personenbezogene Daten sind Daten, die auf die betroffene Person persönlich beziehbar sind (z. B. Name, Adresse, Einkommen etc.).

Die Erhebung und Speicherung der Daten ist für die Erfüllung des Steuerberatungsvertrages notwendig und gem. Art. 6 Abs. 1 b) EU-DS-GVO rechtmäßig.

Den Datenschutzbeauftragten des Auftragnehmers erreichen Sie unter folgender Anschrift, E-Mail und Telefonnummer:

Datenschutzbeauftragter
-------------------------

Die beim Auftragnehmer gespeicherten personenbezogenen Daten werden im Einzelfall nur dann weitergegeben, wenn der Auftragnehmer dazu gesetzlich verpflichtet ist, die Weitergabe zur Erfüllung des Steuerberatungsvertrages erforderlich ist oder der/die Auftraggeber in die Weitergabe eingewilligt hat/haben. Die Weitergabe erfolgt dann nur in dem notwendigen oder vom Auftraggeber bewilligten Umfang. Die Einwilligung zur Datenverarbeitung kann jederzeit widerrufen werden.

Die gespeicherten Daten werden gelöscht, sobald sie für den Zweck der Verarbeitung nicht mehr erforderlich sind. Im Übrigen hat der Auftragnehmer die gesetzlichen Aufbewahrungspflichten (gem. § 66 Abs. 1 StBerG für die Dauer von 10 Jahren nach Beendigung des Auftrages) zu erfüllen.

Dem/Den Auftraggeber(n) stehen gegenüber dem Auftragnehmer folgende Ansprüche zu:

- Recht auf Auskunft
- Recht auf Berichtigung und Löschung
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung
- Recht auf Datenübertragung

Das Recht auf Löschung gem. Art. 17 Abs. 3 b) EU-DSGVO besteht nur im Rahmen der gesetzlich bestehenden Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten des Auftragnehmers.

Dem/Den Auftraggeber(n) steht darüber hinaus ein Beschwerderecht beim jeweiligen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu.

Mit der Erhebung, Speicherung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten erklärt/erklären sich der/die Auftraggeber einverstanden.

Ort, Datum
Auftraggeber

# Datenschutz nach DS-GVO in der ETL - Hinweise

## Anlage zum Steuer-/Rechtsberatungsvertrag bzw. zur Einwilligungserklärung zum Datenschutz

In Ergänzung zum Steuer-/Rechtsberatungsvertrag bzw. zur Einwilligungserklärung zum Datenschutz nach DS-GVO möchten wir Sie mit dem vorliegenden Schreiben über die Datenverarbeitung bei uns informieren.

Im Rahmen des übernommenen Mandats erheben wir bestimmte personenbezogene Daten und Informationen. Es handelt sich dabei insbesondere um folgende Informationen

- Vorname, Nachname, Anrede
- E-Mail Adresse
- Adresse
- Telefonnummer (Festnetz sowie ggf. auch Mobilfunk)
- Informationen die für die Bearbeitung Ihres Mandates notwendig sind

Wir erheben diese Daten zum einen, um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können und um das uns erteilte Mandat angemessen bearbeiten zu können. Weiter erheben wir die Daten um mit Ihnen korrespondieren zu können, Rechnungen zu legen und zur Abwicklung eventueller Haftungsansprüche uns gegenüber sowie zur Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie.

Die vorliegenden Datenschutzhinweise gelten für die Verarbeitung der Daten durch:

*Verantwortlicher:*

Tel.Nr.	E-Mail-Adresse:

*(hier bitte Namen der Kanzlei mit Kontaktmöglichkeiten des/der Verantwortlichen angeben)*

Unseren externen Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:

--

*(hier bitte Datenschutzbeauftragten nebst Kontaktmöglichkeiten angeben)*

Wir verarbeiten die oben aufgeführten personenbezogenen Daten im Einklang mit den geltenden Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt zum einen gem. Artikel 6 Abs. 1b DS-GVO zur Erfüllung unserer vertraglichen Pflichten auf Ihre Anfrage hin.

Soweit es erforderlich ist, verarbeiten wir zum anderen Ihre Daten zur Wahrung berechtigter Interessen von uns (Artikel 6 Abs. 1f DS-GVO).

Die für die Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag insoweit von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für

- Steuerberater (10 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde, § 66 StBerG)
- Rechtsanwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde, § 50 BRAO)

gespeichert und danach gelöscht. Dies gilt dagegen nicht, wenn wir nach Artikel 6 Abs. 1 Satz 1c DS-GVO auf Grund steuer- oder handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten verpflichtet sind, die Daten länger zu speichern oder Sie darüber hinaus einer längeren Speicherung nach Artikel 6 Abs. 1 Satz 1a DS-GVO eingewilligt haben.

### Weitergabe von Daten an Dritte

Ihre persönlichen Daten werden nur an Dritte weitergeben, soweit dies nach Artikel 6 Abs. 1 Satz 1b DS-GVO für die Abwicklung des Mandatsverhältnisses mit Ihnen erforderlich ist. Aufzuführen ist hier beispielsweise die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden soweit dies zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung Ihrer Rechte erforderlich ist.

### Weitergabe von Daten in ein Drittland oder eine internationale Organisation

Unsere Server befinden sich innerhalb der Europäischen Union (EU). Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb der EU bzw. des EWR findet nur statt, soweit dies zur Durchführung Ihrer Aufträge erforderlich und gesetzlich vorgeschrieben ist oder Sie uns eine Einwilligung erteilt haben.

### Betroffenenrechte

Als von der Datenverarbeitung betroffene Person haben Sie folgende Rechte:

- Gem. Artikel 7 Abs. 3 DS-GVO können Sie Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit uns gegenüber widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen.
- Gem. Artikel 15 DS-GVO können Sie Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Dabei können Sie Auskunft über
  - die Verarbeitungszwecke,
  - die Kategorien der personenbezogenen Daten,
  - die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden,
  - die geplante Speicherdauer,
  - das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch,
  - das Bestehen eines Beschwerderechts,
  - die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie
  - das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen.
- Gem. Artikel 16 DS-GVO können Sie unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten verlangen.
- Gem. Artikel 17 DS-GVO können Sie die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.
- Gem. Artikel 18 DS-GVO können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gem. Artikel 21 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.
- Gem. Artikel 20 DS-GVO haben Sie Anspruch darauf, Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen.
- Gem. Artikel 77 DS-GVO haben Sie das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

### Widerspruchsrecht

Wenn Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gem. Artikel 6 Abs. 1 Satz 1f DS-GVO verarbeitet werden, sind Sie berechtigt, gem. Artikel 21 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Für die Ausübung Ihres Widerspruchsrechts genügt eine E-Mail an:

*(E-Mail Adresse des Verantwortlichen in der Kanzlei).*